

Europäische Gemeinschaft fördert Forschung auch an der TU

(Fortsetzung von Seite 1)

Bei langfristigen Ausrüstungsgütern mit einem Anschaffungspreis, der 10000 DM übersteigt, sind Abschreibungsätze zu beachten. Allgemein gelten 20 % pro Jahr, für Rechner 33 % pro Jahr Abschreibung. Bei einem Abschreibungsatz von 20 % und einer Laufzeit des Themas von drei Jahren trägt die EG 60 % der Kosten der Ausrüstung. Unternehmen, die über eine Vollkostenrechnung verfügen, erhalten bis zu 50 % der Kosten von der Gemeinschaft erstattet.

Bei der Forschungsförderung durch die EG sind alle Kostenarten gegenseitig deckungsfähig, d. h. Einsparungen bei Ausrüstungsgütern können zum Ausgleich von Mehrkosten beim Personal und umgekehrt eingesetzt werden. Auch bei zeitlichen Verschiebungen während der Projektlaufzeit ist man flexibel und kann z.B. einen zeitlichen Mehrbedarf im ersten Jahr durch Einsparungen im zweiten Jahr abdecken. Auch Kostenübertragungen von einem Partner auf den anderen sind möglich. Überschreitungen der Gesamtkosten gehen zu Lasten der Projektteilnehmer.

Im folgenden werden einige fachspezifische Programme mit Terminen zur Abgabe eines Vorschlags aufgeführt, die gegenwärtig von den Kommissionen der EG ausgeschrieben sind.

Industrielle und Werkstofftechnologien

Abgabe von Vorschlägen in Brüssel bis 28.2.1992:

- Exploration und Abbau von Rohstoffen
- Recycling industrieller Reststoffe incl. NE-Metalle, insbesondere von Verbundwerkstoffen und fortgeschrittenen Werkstoffen (z. B. mittels Pyrometallurgie, Hydrometallurgie und Raffination)
- neue und verbesserte Werkstoffe, Entwicklung konventioneller Massengüterwerkstoffe mit besseren Eigenschaften und höherer Leistungsfähigkeit zu angemessenen Kosten, fortgeschrittene Strukturwerkstoffe für Hochleistungssysteme (d. h. Metalle, Keramik, Polymere und entsprechende Verbundwerkstoffe)
- Entwurf und Fertigung
- Ausfallarten und Fehleranalyse durch Modellierungstechniken unter Berücksichtigung der Bruchmechanik, der Tribologie, der Dynamik flüssiger Körper, der Korrosionsanalyse usw., Anpassung von Softwaretools für spezifische Anwendungen
- Anwendung geeigneter Werkstoffe für flexible Kleinserien- sowie Massenproduktionstechnologien
- Luftfahrt, Abgabe bereits 13.12.1991

Bereich Umwelt

- Klimaforschung (anthropogene Klimaveränderungen, Biogeochemische Zyklen und Dynamik der Ökosysteme),

31.1.1992
- Technologien und technische Verfahren für den Umweltschutz (Bewertung der Umweltqualität und Umweltüberwachung, schwere Industrieunfälle, Umweltschutz und Erhaltung des kulturellen Erbes in Europa), 31.3.1992
- Naturkatastrophen und technologische Risiken (Erdbeben, Waldbrände, Desertifikation im Mittelmeerraum) 31.1.1992, technologische Risiken 31.3.1992

Landwirtschaft und Agrarindustrie

Abgabe von Vorschlägen in Brüssel bis 31.1.1992:

- Primärproduktion in Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur
- Vorleistungen (Inputs) für Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur
- Verarbeitung biologischer Rohstoffe aus Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur
- Endverbrauch und Endprodukte
- Agro-industrielle Demonstrationsvorhaben

Biowissenschaften und -technologien für Entwicklungsländer

Abgabe von Vorschlägen in Brüssel bis 16.12.1992:

- Reduzierung des Nahrungsdefizits, Entwicklung landwirtschaftlicher Produkte mit hohem wirtschaftlichen Wert
- Verbesserung des Gesundheitszustandes, Verhütung und Behandlung der in den Entwicklungsländern vorherrschenden Krankheiten, Systeme der Gesundheitsfürsorge, die an die ländliche oder städtische Umgebung der Entwicklungsländer angepaßt sind, Ernährung

Nichtnukleare Energie

Abgabe von Vorschlägen in Brüssel bis 14.2.1992:

- Strategieanalyse und Modellentwicklung
- Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen bei möglichst geringen Emissionen, Sicherheit der Kohlenwasserstoffversorgung, energieeffizientere und saubere Nutzung von Kohlenwasserstoffen - erneuerbare Energiequellen, Solarhaus, erneuerbare Kraftwerke, Biomasse, erneuerbare Energien für die Versorgung ländlicher Gebiete mit Elektrizität, Brennstoff und Wasser
- geothermische Energie und Geologie tiefergelegener Vorkommen
- Energienutzung und -einsparung, neue Möglichkeiten der Energieumwandlung (z. B. Brennstoffzellen), Energieeinsparung in Industrie und Gebäuden, wirksamer Einsatz von Energie im Verkehr und geeignete Ersatzbrennstoffe
- Zu den Programmen werden flankierende Maßnahmen, wie z. B. Koordinierung, Netze, Verbindung zu internationalen Organisationen, Ausbildung und Mobilität, Verbreitung der Ergebnisse, Transferleistungen etc., von der EG unterstützt. Nähere Informationen zu den Programmen, Antragsformulare etc. sind im Dezernat 5, Sachgebiet Forschungsförderung bei Herrn Bräutigam, Weißbachstraße 7, Zimmer 6, Telefon: 2581, erhältlich.

Frank Bräutigam, Dezernat 5

Fachgutachterwahlen bei der DFG

Rund 85000 Wissenschaftler im vereinten Deutschland sind aufgerufen, im November 1991 die Fachgutachter der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu wählen. Für die Wahl der 508 Gutachter aus 180 Fachgebieten haben die wissenschaftlichen Gesellschaften 1990 Kandidaten nominiert. Erstmals sind auch die Wissenschaftler an Hochschulen und Akademiestrukturen der neuen Bundesländer zur Wahl aufgerufen.

Die Fachgutachterwahlen finden alle vier Jahre statt. Gewählt wird in freier und geheimer Wahl. Wahlberechtigt sind alle in der Grundlagenforschung tätigen Wissenschaftler, die seit mindestens drei Jahren promoviert sind. Das Gutachtersystem der DFG gilt international als beispiellos. Es belegt zudem den Charakter der Deutschen Forschungsgemeinschaft als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft. In diesem System kommt die Eigenverantwortung der Wissenschaftler für die Verwendung der von Bund und Ländern zur Verfügung gestellten Mittel zum Ausdruck.

Die Gutachter tragen die Hauptlast der fachlichen Arbeit der DFG: Alle an die DFG gerichteten Anträge auf Förderung von Forschungsvorhaben werden von mindestens zwei Gutachtern des entsprechenden Fachgebietes unter qualitativen Kriterien geprüft. Auf der Grundlage der Gutachten entscheidet dann der Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft über die Vergabe der Mittel für die Durchführung von Forschungsvorhaben.

Erfolgreich: postgraduales Studium Sicherheitstechnik



Nach einjährigem postgradualen Studium am Institut für Arbeitsingenieurwesen der Fakultät für Maschinenwesen erhielten 97 von 118 Immatrikulierten Teilnehmern das Recht erteilt, die Berufsbezeichnung „Sicherheitstechniker“ zu führen. Gleichzeitig wurde auf der Grundlage der Erlasse des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die staatliche Anerkennung der sicherheitstechnischen Fachkunde i. S. von § 7 Absatz 1 des Arbeitssicherheitsgesetzes in Verbindung mit § 3 der Unfallverhütungsvorschrift „Sicherheitstechniker und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ der Fachabschluss auf dem Gebiet Fachkunde für Sicherheitstechniker erteilt.

Verbunden mit diesen beiden Beurkundungen war die Übergabe der Zeugnisse zu den einzelnen Prüfungsleistungen in den Lehrgebieten

- Rechtsgrundlagen und Management der Sicherheitstechnik
- Grundlagen des Unfallschutzes, der Arbeitshygiene, des Brand-, Explosions- und Umweltschutzes
- Sicherheit von Arbeitssystemen (Technische Arbeitsmittel einschließlich Überwachungsbedürftiger Anlagen, Gefahrstoffe, Arbeitsstätten)
- Psychologie im Arbeitsschutz und der angefertigten Abschlussarbeit.

Die Teilnehmer absolvierten mit Attestat folgende Praktika im Versuchsfeld und -labor des Instituts: Lärm I und II, Beleuchtung, Klima, Vibration, Luftverunreinigungen, Elektrosicherheit.

Dieses postgraduale Studium erlangt einen besonderen Stellenwert, weil mit ihm auf der Grundlage des dualen Arbeitsschutzsystems der Bundesrepublik

Deutschland ein akuter Nachholbedarf bei früher ausgebildeten Ingenieuren abgedeckt werden konnte. Die Absolventen erhielten mit dieser Qualifikation eine günstige Basis ihrer beruflichen Entwicklung als Fachkräfte für Arbeitssicherheit im Unternehmen. Deshalb erfolgte die Finanzierung des Studiums nicht nur durch die entsendenden Unternehmen, sondern auch durch die jeweiligen Arbeitsämter.

Das durchführende Fachgebiet Arbeitsschutz/Sicherheitstechnik gewann inhaltlich und organisatorisch wesentliche Erkenntnisse und Erfahrungen. Während der sieben Wochen Intensivstudium mit ca. 50 Wochenstunden in drei Durchgängen fand wöchentlich eine Kursausprache zu Lehrinhalten und -qualitäten statt, deren Hinweise im erneut angelaufenen postgradualen Studium berücksichtigt wurden. Das Lehrkonzept fand Förderung und Unterstützung von der Bergischen Gesamthochschule Universität Wuppertal. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz Dortmund, Außenstelle Dresden (BAU), stellte Literatur zur Verfügung - ebenfalls eine wesentliche Hilfe. Ermöglicht wurde auch eine Exkursion zur Musterbaustelle „Dresdner Schloß“ des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung.

Als Lehrkräfte wirkten außer den Vertretern des Instituts für Arbeitsingenieurwesen auch Fachleute aus anderen Instituten der Technischen Universität Dresden und Unternehmen sowie Institutionen von außerhalb. Prof. Dr.-Ing. habil. Lehder sprach allen Dank und Anerkennung aus und wünschte den Absolventen viel Erfolg im Berufsleben.

Dr. G. Jesse

Abteilung Berufspädagogik: Forschungsprojekt sucht weitere Kooperationspartner

Den Strukturwandel der Chemiebranche Sachsens aus qualifikatorischer und organisatorischer Sicht positiv zu beeinflussen, ist das Vorhaben von Wissenschaftlern der Beruflichen Fachrichtung Chemietechnik am Institut für gewerbl. technische Berufspädagogik, Abteilung Berufspädagogik.

Im Rahmen eines derzeit anlaufenden Forschungsprojekts „Qualifikatorische und organisatorische Perspektiven der chemiebezogenen Produktions- und Laborarbeit im Freistaat Sachsen“ werden bis 1994 und unterstützt vom Bundesministerium für Forschung und Technologie zwei übergeordnete Ziele verfolgt. Zum einen soll die sich wandelnde Branchen-, Betriebs- und Arbeitsstruktur der Chemieregion Dresden als exemplarischer Ausgangspunkt für die Chemiebranche im Freistaat Sachsen analysiert werden. Auf dieser Grundlage sollen struktur- und beschäftigungswirksame Perspektiven für inner- und überbetriebliche Organisations- und Qualifikationsprofile - auch über den räumlichen und zeitlichen Rahmen des Projekts hinaus - entworfen werden.

Zum anderen wird angestrebt, konkrete Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Kooperationsbetrieben zu entwickeln und exemplarisch zu erproben. Diese Maßnahmen zielen auf die Verbesserung der inner- und überbetrieblichen Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen ab und sollen nach einer kritischen Über-

prüfung und Verfeinerung für weitere Chemiebetriebe in der Region Sachsen anwendbar sein. Darüber hinaus sollen Handlungsorientierungen für beschäftigungswirksame Maßnahmen in der Region (z. B. bei Unternehmensneugründungen im Bereich der produktionsnahen Dienstleistung) und für überbetriebliche Interessenverbände erarbeitet werden. Für diesen Zielanspruch ist vorgesehen, methodisch eine Dreiteilung des Projekts vorzunehmen: In der Analysephase wird durch Betriebsfallstudien, Experteninterviews, Recherchen und durch Vergleiche mit der Chemieregion Köln die Chemieregion Dresden detailliert erfasst und systematisch dokumentiert. Auf dieser Arbeitsgrundlage werden in der Perspektivphase die qualifikatorischen, organisatorischen, technischen und sozialen Bedingungen für regionale und betriebliche Innovationen mit Experten und Betroffenen erarbeitet. Schließlich werden in der Umsetzungsphase konkrete Maßnahmen entwickelt, exemplarisch in mindestens vier Kooperationsbetrieben erprobt und wissenschaftlich ausgewertet.

Der grundlegende Ansatz des Projekts sieht vor, regionale Institutionen, Verbände und Betriebe aktiv in die Auswertung und Umsetzung einzubinden. In diesem Zusammenhang sind ein projektbegleitender Diskussionskreis sowie Workshops vorgesehen. Eine besondere Rolle spielen in der Region angesiedelte

Betriebe. Sie werden durch Fallstudien und Pilotmaßnahmen unmittelbar in die Projektaktivitäten einbezogen. Außerdem ist daran gedacht, auf die Mitarbeit eines Bildungsträgers mit Ausrichtung auf die Branche Chemie zurückzugreifen.

Die Berufliche Fachrichtung Chemietechnik der Abteilung Berufspädagogik (TU Dresden) verfügt über ein breit angelegtes Know-how im Bereich der Erforschung des qualifikatorischen Wandels in der Prozessindustrie und der Entwicklung von Konzepten der über- und innerbetrieblichen Qualifizierung und wird in den Aufgabenfeldern chemische und pharmazeutische Produktion, Aus- und Weiterbildung und Betreuung der betrieblichen Kooperationspartner tätig sein. Unmittelbarer Kooperationspartner im Projekt ist die Institution „Arbeit Innovation Qualifikation (AIQ) Dortmund e. V.“

AIQ Dortmund verfügt über Projekterfahrung u. a. in den Branchen Chemie und Pharmazie, Metallurgie und Dienstleistungen und bearbeitet zur Zeit im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen ein Projekt zur Zukunft der Laborarbeit in der Chemieregion Köln. Im Vorhaben selbst betreut AIQ Dortmund die Felder Laborarbeit, produktionsnahe Dienstleistungsarbeit, Technik- und Organisationsentwicklung und

betreut das Projekt in Fragen der regionalen Strukturpolitik und der methodisch gestützten Erarbeitung arbeits- und strukturpolitischer Perspektiven und Umsetzungskonzepte.

Als Kooperationspartner sind derzeit u. a. folgende Unternehmen im Gespräch:

- M&S Umweltprojekt GmbH
- Chemiewerk Nünchritz GmbH
- Arzneimittel GmbH Dresden
- Kosmetik GmbH Waldheim

Für Interessenten (Unternehmen des mittelständischen Bereiches, Bildungsgesellschaften u. a. Institutionen, die in Korrelation mit der Chemiebranche in der Region Sachsen stehen) ist das Forschungsprojekt jederzeit offen. Sie können als Kooperationspartner (ähnlich der o. g. Betriebe) oder in anderer geeigneter Weise am Projekt partizipieren. Dazu hier die Kontaktadresse:

TU Dresden
Institut für gewerbl.-technische Berufspädagogik,
Berufliche Fachrichtung Chemietechnik
Prof. Dr. sc. paed. Peter Storz
Mommensstraße 13
O-8027 Dresden
Tel. 4 63 27 67 oder 4 63 50 43

Frank Siebeck

Zahnarztpraxis Hannelore Koske

Am Schluß der Ärztemeidung in Ausgabe 18/91 (Seite 2, unten) muß es unter Juri-Gagarin-Straße 12 ergänzend heißen

- Zahnarztpraxis
Frau ZÄ Hannelore Koske
(Telefon: 463 6456)

Rentenrecht - Strafe für pflichtbewußt Dagebliebene

In der F.A.Z. vom 23. Oktober hatte Friedrich Karl Fromme mit Recht das Verfahren der Rentenüberführung für „Zusatz- und Sonderversorgungssysteme“ der früheren DDR kritisiert. Staatssekretär Worms bezeichnet nun am 2. November diese Kritik als ungerecht, kaum ein anderer Bereich sei Gegenstand so intensiver Beratungen (wohl vor Abschluß des Einigungsvertrages) gewesen. Worms übergeht dabei wohlweislich den Hauptkritikpunkt: die schädliche Behandlung derjenigen, die früher einen Anspruch auf eine „Intelligenz-Rente“ hatten. Dieser Personenkreis erhält in Zukunft höchstens diejenige Rente, die einem vorherigen Einkommen an der „Beitragsbemessungsgrenze“ entsprechen hätte. Das sind 2010 DM im Monat.

Viele Pensionäre haben damit einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens eingebüßt, gerade angesichts der Kostensteigerungen für viele Grundbedürfnisse des Lebens in den neuen Ländern bedeutet das für sie eine einschneidende Verminderung ihres Lebensstandards. Betroffen sind unter anderem frühere Direktoren von Universitätskliniken, Professoren der Universitäten und Akademie-Institute, leitende Ärzte und andere. Einige konkrete Beispiele: Der berühmte Berliner Krebsforscher Professor Graffi, jetzt ungefähr 85 Jahre alt; der Physiker Professor Bethge, langjähriger Präsident der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, der es in der Vergangenheit meisterhaft verstanden hatte, die

Leopoldina als gesamtdeutsche Einrichtung zu erhalten; der Internist Professor Seige, früher Direktor der Medizinischen Poliklinik in Halle, der jetzt der Landesregierung hilft, die medizinischen Fakultäten in Sachsen-Anhalt umzustrukturieren (natürlich ehrenamtlich); oder der Greifswalder medizinische Genetiker Professor Knapp, dem es - zunächst entgegen der damaligen Parteilinie - gelungen war, Diagnose und Behandlung erblicher Stoffwechselerkrankungen in der damaligen DDR auf die Höhe zu bringen. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Auch dem Hallenser Biologen Professor Freye ging es heute nicht anders, hätte er sich nicht bereit gefunden, nach der Wende das schwere Amt des Staatssekretärs im Wissenschaftsministerium von Sachsen-Anhalt trotz seines Alters auf sich zu nehmen. In der Vergangenheit haben wir im Westen immer gesagt: Ärzte und Wissenschaftler haben die Pflicht, „drüben“ zu bleiben, um den Menschen dort zu helfen. Die einschneidende Kürzung ihrer Ruhestandsbezüge ist nun der Dank dafür.

Das Scheuklappen-Denken von Leuten wie Staatssekretär Worms wird unter anderem am Satz deutlich: „Eine weitgehende Berücksichtigung von Einkommen (oberhalb des Ergebnisses der Beitragsbemessungsgrenze) „kann nicht in Betracht kommen, weil dies zu Leistungen führen würde, die dem System der Rentenversicherung fremd sind und von Versicherten und Rentnern, die der Rentenversicherung in

den alten Bundesländern angehören, nicht erreicht werden können.“ Dabei wird bewußt übersehen, daß sich der betroffene Personenkreis bei uns im Beamtenverhältnis mit entsprechenden Pensionsansprüchen befindet sowie daß Angestellte im öffentlichen Dienst zusätzlich zu den Leistungen der Rentenversicherung erhebliche Leistungen von der Versorgungskasse des Bundes und der Länder erhalten und daß für viele andere Arbeitnehmer in den alten Bundesländern vielfältige private Zusatzversorgungssysteme wie Betriebspensionskassen und so weiter existieren.

Die bisher getroffene Rentenregelung für diesen Personenkreis ist nicht nur schädlich, sie ist auch äußerst ungerecht: Sie führt zu berechtigter Unzufriedenheit gerade bei Menschen, die in ihrem privaten Umkreis oft als Meinungsführer wirken. Es gibt nur einen Weg, dieses Problem zu lösen, den auch Fromme vorschlug: Auch diese Gruppe der „Intelligenz-Rentner“ muß durch die Personalkommissionen überprüft werden, die jetzt zum Beispiel an den Hochschulen tätig geworden sind. Im Gegensatz zu dem, was Staatssekretär Worms meint, ist diese Aufgabe zu bewältigen. Bei denen, die sich früher tadellos gehalten haben, muß die Rente dann nach oben korrigiert werden.

Professor Dr. med. Dr. h. c. Friedrich Vogel,
Universität Heidelberg
(Aus F. A. Z. vom 11. November 1991)

SÄCHSISCHE HARD- UND SOFTWARE GMBH

HOHENDÖLZSCHENER STR.6, DRESDEN, 8027, TEL/FAX 432 6884

<p>HP 500 COLOR neuer Farbtintenstrahldrucker von HP mit 3 Jahren Garantie 2199,00 DM</p>	 SHS Autorisierter NOVELL-Fachhändler Qualität verbindet. NetWare von Novell NOVELL	<p>MARKENCOMPUTER TANDON, COMPAQ, ACROBAT</p>
<p>HP SCAN-JET II C der neue Farbescanner von HP 4699,00 DM</p>		<p>NOVELL LITE ein preisgünstiges Netzwerk jetzt auch vom Marktführer NOVELL - 2-25 Stationen - DOS ab Version 3.x / DR DOS 6.0 - verschlüsselte Paßwörter - kompatibel zu Netware 2.2 / 3.11 - einfache Installation - sehr preiswert 189,00 DM (je Station)</p>
<p>1 MB RAM für HP-Laser-Drucker 2350 DM</p>		

Alle Preise verstehen sich als TU-Sonderpreise incl. MWST bis zum 30.11.91. Informationen und Vorführung der neuen Produkte in unserer Geschäftsstelle oder auf der COMTEC 91. Preisliste 12/91 ab sofort verfügbar. Besuchen Sie uns auf der COMTEC 91, Halle C, Stand 8h.